

geringem Maße gelungen. Die Mitgliederschaften blieben westorientiert, zeigten aber Arrangementbereitschaft; das entsprach in der Grundstruktur dem Verhalten der Gesamtbevölkerung.

Das Scheitern der Blockparteien als Transmissionsorganisationen zeigte sich am deutlichsten bei der CDU. Gerade im Herbst 1989 trat offen zutage, daß kirchliche Diskussionen und Interessen stärker auf die Partei wirkten als umgekehrt, ein Faktum, das die SED bereits in früheren Jahren konstatiert hatte. Folgt man den internen Berichten Gerald Göttings, dann waren 1972 die Gegenstimmen und Stimmenthaltungen von Christdemokraten beim Volkskammerbeschluß über die Reform des § 218 dem innerparteilichen Einfluß der Religionsgemeinschaften zuzuschreiben.

Die unter dem Dach der Kirchen geführten Diskussionen um Demokratie und Demokratisierung schließlich griffen 1989 auf die Union über und führten letztlich die Wende auch in dieser Partei herbei. Darüber legen die im CDU-Archiv überlieferten Dokumente beredt Zeugnis ab.

Doch gab es aus SED-Sicht auch Positives zu verzeichnen. Zu Zehntausenden hatten die Mitglieder der Blockparteien staatliche Ämter und Aufträge übernommen, zumeist unbezahlte und unbeliebte, etwa als Wahlhelfer in der Nationalen Front. In diesem staatsloyalen Engagement unterschieden sie sich – zumindest graduell – von der Gesamtbevölkerung. Die SED wußte die Unterstützungsbereitschaft der von der Sache weithin nicht Überzeugten durchaus zu schätzen. Sie waren eine zwar nur bedingt zuverlässige, aber wichtige Kaderreserve, ohne deren Mitwirkung das Gesamtsystem kaum funktioniert hätte. Die zahlenmäßigen Erfolgsbilanzen waren halt nicht nur Makulatur. Die Blockparteien hatten in der Tat ihren Anteil an dem, was in der DDR geschah – am Guten wie am Bösen.

Vielen Dank. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hartmut Soell (SPD): Danke, Herr Suckut. – Ich meine, wir sollten, wenn Fragebedarf vorhanden ist, im Anschluß an die Vorträge der drei Referenten eine kurze Fragerunde machen. Deshalb möchte ich Sie, Herr Dr. Suckut, jetzt zunächst hier verabschieden und Herrn Dr. Lapp nach vorn bitten. Herr Dr. Peter Joachim Lapp ist Redakteur in der Abteilung „Dokumentation Ost-West“ des Deutschlandfunks in Köln. Er hat eine Reihe von Studien über die ehemalige DDR, jetzt aber auch Portraits über die fünf neuen Länder geschrieben. Er hat sich insbesondere auch beschäftigt mit den Grenztruppen der DDR, mit der Volksmarine, mit der Traditionspflege, mit Teilen des politischen Systems der DDR und natürlich auch mit den Blockparteien.

Herr Dr. Lapp wird zu uns sprechen über das Thema „Die Blockparteien und ihre Mitglieder“. Bitte, Herr Lapp.

Dr. Peter-Joachim Lapp: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Wer

in der ehemaligen DDR vor der Wende im Herbst 1989 damit rechnen mußte, daß die Republik auch ihren 50. Geburtstag erleben würde, für den war allein die Existenz von Parteien neben der führenden SED ein Wert an sich.

Und in den Augen ihrer damaligen Mitglieder und Freunde – Ende der 80er Jahre zählten sie immerhin fast eine halbe Million Parteimitglieder – waren DDR-CDU, LDPD, NDPD und DBD politische Überlebensnischen und Organisationen der Lebens- und Berufshilfe in einer marxistisch-leninistisch bestimmten Umwelt.

Vor Ort ging man freundschaftlich bis familiär miteinander um. Man befand sich in einer Außenseiterrolle gegenüber der angeblich sozialistischen Gesellschaft, und das verband.

Mitglieder der vier Blockparteien gehörten mehrheitlich zu Klassen bzw. Schichten, die von der führenden SED als eher zweitrangig eingeschätzt und eingeordnet wurden. Die Parteien waren außerdem davon bedroht, dann, wenn der Kommunismus ausbrechen sollte, abgeschafft zu werden. Sie sahen sich einer „gesetzmäßig wachsenden Rolle“ der „Partei der Arbeiterklasse“ gegenüber, die immer beinhalten konnte, jähe Wendungen zu erleben und zum Beispiel einem Aufnahmestopp ausgesetzt zu sein.

Aus der Sicht ihrer fast 500 000 Mitglieder handelte es sich bei den vier Parteien um Gebilde, die von den Schalthebeln der Macht ferngehalten wurden, aber dennoch bemüht waren, Ideen nichtkommunistischer Herkunft in den zentralen, territorialen und örtlichen Entscheidungsprozeß einzubringen. Der jeweiligen Parteiführung in Ost-Berlin traute man zwar in den „großen“ Fragen der Politik ebensowenig über den Weg wie der SED-Leitung, doch wußte man um die Abhängigkeit der Blockpartei-Oberen. Man erkannte, daß diese die Führung der SED akzeptieren mußten, sich den Weisungen aus der ZK-Abteilung „Befreundete Parteien“ in allen Fällen zu beugen hatten. Und natürlich war in Kreisen der Mitglieder und Freunde der Blockparteien bekannt, daß die eigenen leitenden Funktionäre allesamt mit Förderung und Billigung der SED ihre Ämter erhielten und diese nur halten konnten, wenn sie das Vertrauen der Einheitssozialisten rechtfertigten.

Daß es sich bei der eigenen Blockparteileitung vielfach um eine Negativauslese handelte, war gängige Meinung. Aber: Man unterstützte und sympathisierte doch mit denjenigen Funktionären, die die geringen Handlungsräume ausnutzten und versuchten, wenigstens in Teilbereichen eigene Vorstellungen einzubringen.

Das war seit Anfang der 80er Jahre mehr als zuvor möglich, da sich die führende Partei offensichtlich entschlossen hatte, ihre „Bündnispolitik“, wie sie das nannte, wieder einmal zu aktivieren. Und sogleich stiegen als Folge dieser erweiterten Mitgestaltungschancen der Blockparteien auch ihre Mitgliederzahlen. Insbesondere auch aufgrund der Mitte der 70er Jahre

revidierten SED-Gewerbepolitik kamen verstärkt Handwerker und kleine Händler in die „befreundeten Parteien“ der Einheitssozialisten.

Diese kanalisiert von Anfang an die Mitgliederbewegung und achteten strikt darauf, die Arbeiterklasse – nach der DDR-amtlichen Klassen- und Sozialstruktur rund 75 Prozent der Beschäftigten – für sich zu reklamieren. Dazu zählten nach SED-Selbstverständnis außer Arbeitern auch Angestellte und Angehörige der Intelligenz, soweit sie proletarischer Herkunft waren.

Darüber hinaus beanspruchte die Einheitspartei, die „fortschrittlichsten“ Genossenschaftsbauern in ihren Reihen zu sammeln; offiziellen Angaben zufolge zählten 6 Prozent der Beschäftigten zur Klasse der Genossenschaftsbauern.

Den vier Blockparteien teilte die SED folgende Bevölkerungsschichten, Personen und Berufsgruppen zu: Christen aus allen Klassen und sozialen Schichten; Genossenschaftsbauern, die noch stark in klein- oder mittelbäuerlichen Traditionen verwurzelt waren; Angestellte aus allen Berufen, die vor allem im nichtproduzierenden Bereich der Volkswirtschaft tätig waren und/oder ein nichtproletarisches Elternhaus hatten; Selbständige aller Art.

Angehörige dieser Klassen und Schichten kamen in aller Regel nicht für eine Mitgliedschaft in der SED in Frage. Sie mußten, falls sie eine Parteimitgliedschaft wollten, bei den Blockparteien vorstellig werden.

Das Mitgliederreservoir der vier Blockparteien war trotz dieser Einschränkungen groß genug; denn allein die Christen umfaßten noch – selbst bei zurückhaltender Bewertung – Größenordnungen von einigen Millionen Bürgern. Diese waren, auch nach SED-Leseart, zuerst über die CDU der DDR anzusprechen. Und auch nach Ansicht ihrer Mitglieder und Freunde war die CDU immer eine Partei von und für Christen, die sich aber andererseits nie – auch nicht nach der Wende – als „Kirchenpartei“ verstand.

„Als Christ geht man nicht in die CDU!“, hieß es zwar in der 80er Jahren öfter in Oppositionskreisen unter dem Dach der Kirche, doch sollte man diese Polemik nicht überbewerten. Immerhin ist aber festzuhalten, daß es dieser Partei niemals gelang, ihre Möglichkeiten unter Christen auszuschöpfen. Mit zuletzt über 140 000 „Unionsfreunden“ war die CDU zwar die mitgliederstärkste Blockpartei der DDR, doch hielt die übergroße Mehrheit der Gläubigen zur Partei Distanz.

Dabei gehörten der DDR-CDU immer auch mehrere hundert „kirchliche Amtsträger“ an, unter ihnen auch Pfarrer. Und zeitweise war ein Landesbischof „Ehrenmitglied“ der CDU: M.M., Moritz Mitzenheim.

Dennoch: Die Mehrzahl der Gläubigen hielt sich bedeckt, nur eine Minderheit kirchlicher Amtsträger erwarb das Parteibuch. Die Kirchen selbst wollten von der DDR-CDU wenig wissen; bis auf die Anhänger des sogenannten Thüringer Weges entwickelten sich kaum intensive Beziehungen.

Dabei konnte eine Mitgliedschaft in der DDR-CDU für diejenigen Christen

von Vorteil ein, die beruflich eine gewisse Karriere anstrebten. Wer als angehender Pädagoge Mitglied der Partei wurde, konnte sich Hoffnung auf eine der vielen Stellvertreter-Positionen an Bildungseinrichtungen machen, und er war in der „marxistisch-leninistischen Bekenntnisschule“ (Gottfried Forck) vor ideologisch-politischen Nachstellungen der SED sicher.

1988 gab es noch rund 4 500 Lehrer und Erzieher, die der DDR-CDU angehörten; 1955 waren es 5 500, also 1 000 mehr. Davon fungierten allerdings nur noch ganze 16 als Direktoren, im Gegensatz zu 1983, wo es noch 23 waren. So bot, wie Siegfried Suckut in seinem Aufsatz über die Blockparteien im „Parlament“ vom Mai dieses Jahres betont, das Parteidokument „faktisch den Garantieschein“ dafür, „nicht Direktor werden zu können“. Aber der Betreffende konnte eben – das sei nochmals unterstrichen – durchaus die Position eines Stellvertreters erreichen, wobei dann das CDU-Parteibuch wirklich von Nutzen war.

Verkürzt formuliert bzw. begründet, galt das auch für fast alle anderen Berufsgruppen: Die Angehörigen der Blockparteien waren überall die klassischen Anwärter für Stellvertreter-Positionen, auf allen Ebenen von Staatsapparat, Wirtschaft und Gesellschaft. Dafür hatte die führende SED den befreundeten Parteien großzügige Kontingente zugewiesen, die teilweise vor Ort noch nicht einmal immer – mangels Mitgliedern – besetzt werden konnten.

Blockparteimitglieder sollten in erster Linie in der zweiten Reihe Verantwortung übernehmen; die Leitungsfunktionen hatte sich die SED vorbehalten. Diejenigen Leitungspositionen, die traditionell seit den später 40er und frühen 50er Jahre im Besitze von Blockparteilern waren, wurden in den 70er und 80er Jahren verstärkt abgebaut und Genossen zugeordnet. Stellte die DDR-CDU im Jahre 1973 noch 615 Leiter von VEBs, waren es 1988 nur noch 130. Bei den LPGs hatten 1961 noch 728 Unionsfreunde die Leitung, 1988 dagegen nur noch ganze 53. – Auch diese Angaben sind aus dem Aufsatz von Herrn Suckut.

Das lag natürlich einmal daran, daß die CDU die mitgliederstärkste Blockpartei war, zum anderen aber auch an der Absicht der SED, möglichst viele parteilose Christen in die Union zu locken und diese einzubinden beim Aufbau des realen Sozialismus. Die Leistungen des christlichen Teils der Bevölkerung waren durchaus gefragt. Die christliche bzw. die evangelische Arbeitsethik galt auch in Kreisen der Kommunisten als vorbildlich, und man wollte diese abschöpfen. Deshalb schanzte die SED beispielsweise im Bereich des Gesundheits- und Sozialwesens sowie der kulturellen Institutionen der DDR-CDU mehr als 50 Prozent der Leitungspositionen zu, die den Blockparteien vorbehalten waren.

Ergebnis: Die CDU konnte künftigen Unionsfreunden schon bei den Aufnahmegesprächen, sofern sie in den genannten Bereichen arbeiteten, eher einen Leitungsposten in Aussicht stellen als die anderen Blockparteien.

Im Gesundheits- und Sozialwesen der alten DDR war die CDU deshalb überrepräsentiert im Vergleich zu den übrigen Blockparteien. Christliche Arbeitsethik konnte sich damit durchaus in diesem Bereich behaupten, was sicher von vielen Bürgern als wohltuend empfunden wurde. Die Chance, als Unionsfreund eher eine Position im Gesundheits- und Sozialwesen zu bekommen als ein parteiloser Christ, war bekannt und kann als ein Motiv für den Parteibeitritt gelten.

Überhaupt war die Chance, als Christ in der DDR beruflich eine Karriere zu machen, mit dem Parteibuch der CDU günstiger. Wer stark berufsbezogen dachte, ehrgeizig war, eine Familie und Verpflichtungen hatte, konnte durch seinen Beitritt zur CDU seine Situation in der atheistisch gewollten Gesellschaft verbessern. Und er konnte vor Ort zumeist Unionsfreunde finden, die sich aus den gleichen Gründen der Partei angeschlossen hatten, um in einer oft als feindlich empfundenen Umwelt besser zurechtzukommen.

Schließlich – auch wenn das von seiten der Führung nie betont wurde – trat man einer Partei bei, die einer „unwissenschaftlichen“ oder idealistischen Weltanschauung anhing – bekanntlich galt die Religion als Überbleibsel der alten Gesellschaft; Religion und Kirchen wurden als Übergangserscheinungen aufgefaßt, die dereinst absterben würden. So die Meinung der SED.

Wer als Frau oder Mann in jungen Jahren in der DDR den „christlichen Demokraten“ zustrebte, wurde von der führenden Partei im allgemeinen politisch als rückständig, zumindest aber als unsicherer Kantonist angesehen. Abgesehen von den Kreaturen, die sich im Auftrage der SED und der Staatssicherheit um eine Mitgliedschaft in der DDR-CDU bemühten, waren die Mitglieder der Partei in den Augen der SED durchweg nur in Teilbereichen der Gesellschaft einzusetzen und zu gebrauchen. Man wußte bei den Kommunisten sehr wohl, welche Vorbehalte es gegen die Führungsrolle der Marxisten-Leninisten gab.

Die Behauptung eifertiger Enthüllungsschreiber, die Mitglieder der DDR-CDU hätten die SED-Herrschaft akzeptiert, ja, es sei den meisten Unionsfreunden sogar ein „inneres Bedürfnis“ gewesen, die SED-Führungsrolle anzuerkennen, wird weder durch eigenen Augenschein und eigene Gespräche noch durch Dokumente von SED und Blockparteien gedeckt.

Die DDR-CDU gar als „Schild und Schwert der SED“ vorzustellen, ist völlig unsinnig – das war bekanntlich die Stasi. Der betreffende Journalist konnte in seiner Schrift zwar Belege für Überanpassung und Verrat anführen, doch gab und gibt es in jeder Partei „Gesinnungsakrobaten“.

Die Mehrheit der Mitglieder und der kleinen Mandatsträger der DDR-CDU hat sich nichts zuschulden kommen lassen. Sie „machten mit“, aber nicht an verantwortlicher Stelle; sie stabilisierten das System, aber nicht in seinen Grundfesten.

Und nicht wenige Unionsfreunde bewahrten sich die Erinnerung an die Gründungsjahre, schauten nach Westen, hielten Verbindung zu ihrer Kirche, ließen sie nicht innerlich auf den Kommunismus ein. Die mutigsten Unionsfreunde stießen 1989 zum „Neuen Forum“ und formulierten den „Brief von Weimar“. Die weitaus übergroße Mehrheit setzte seit dem Sonderparteitag im Dezember 1989 in Ost-Berlin auf den Reformflügel der Partei.

Die politische Wende in der Partei wurde auch deshalb erleichtert, weil viele ihre politischen Überzeugungen seit Jahren und seit Jahrzehnten gewissermaßen geparkt und quasi stillgelegt hatten, hoffend auf eine andere Zeit, und christdemokratische Ideen 1989/90 reaktivierten.

Vor der politischen Wende erklärte der 1. Vorsitzende der Exil-CDU, Siegfried Dübel, im April 1989 auf dem 20. Parteitag in Duderstadt wörtlich: „Die Mitglieder der CDU, unserer CDU in der DDR, sind zu über 90 Prozent genauso gute oder schlechte Demokraten wie die CDU-Mitglieder in der Bundesrepublik.“ Zitat von Herrn Dübel aus dem April '89.

In der zweiten Hälfte der 80er Jahre ist an der Basis der CDU ebenso wie in der LDPD – weniger in NDPD und DBD –, aber auch in der SED steigende Unlust darüber festzustellen, sich weiter der Ost-Berliner Parteiführung widerspruchslos unterzuordnen. Nachweislich wird auf den unteren Parteiebenen zunehmend offen und kritisch diskutiert und werden gesellschaftspolitische Probleme auch beim Namen genannt.

Die Basis war, was die CDU in der DDR betraf, von der sozialen Zusammensetzung her recht repräsentativ für den Bevölkerungsdurchschnitt – allerdings mit einem gewissen Übergewicht an Bürgern, die wir hierzulande zu den Mittelschichten gerechnet hätten: knapp 40 Prozent Angestellte, 13 Prozent Geistesschaffende bzw. Angehörige der Intelligenz, 12 Prozent Handwerker und Kleingewerbler, 17 Prozent Genossenschaftsbauern und – immerhin – 10 Prozent Arbeiter. So die offiziellen Zahlen für 1985.

Von daher gesehen war die DDR-CDU – im Vergleich zu den anderen Blockparteien – am ehesten noch „Volkspartei“ wie die CDU im Westen, was zum Beispiel Wolfgang Schäuble in seinem Buch über den Einigungsvertrag 1990 ausdrücklich bestätigt, wenn er schreibt: „An der Basis der Mitgliedschaft ist die Ost-CDU auch nach über vierzig Jahren der Teilung unserer West-CDU strukturell sehr ähnlich geblieben.“

Daß diese Mitgliedschaft der CDU immer Vorbehalte gegen die führende Rolle der SED hatte – wie übrigens auch die „Parteifreunde“ der zweiten klassischen Blockpartei, der LDPD, ebenfalls schon 1945 gegründet –, machen zahlreiche interne Berichte der Blockparteileitungen klar. Zumindest dauerte es in der Mitgliedschaft von DDR-CDU und LDPD immer etwas länger, bis man die Leute im Sinne der Einheitssozialisten „im Griff“ hatte, bis man ihre äußere Anpassung erzwang.

Immer gab es Teile in der Mitgliedschaft der beiden erstgeborenen Blockparteien, die oppositionell eingestellt waren und darauf warteten, daß es einmal anders kommen würde. Diese Kreise wurden in den 70er Jahren zwar stiller, erlebten jedoch seit Mitte der 80er Jahre dann – unter anderen Vorzeichen – einen Aufschwung im Gefolge der Gorbatschowschen Ideen. Feststellbar und belegfähig sind generelle Vorbehalte in der Mitgliedschaft gegen politische Entscheidungen in den 50er und 60er Jahren. Eine Minderheit in der DDR-CDU und LDPD stellte zum Beispiel Mauer und Einmarsch in die CSSR in den Jahren 1961 bzw. 1968 in Frage.

Vor allem in der LDPD belebten sich seit Anfang der 80er Jahre dann Vorbehalte gegen Teilentscheidungen der SED, nicht gegen die „große Linie“, sondern vor allem in Bereichen der Wirtschafts- und Kulturpolitik.

Auch ließ der Vorsitzende der LDPD, Manfred Gerlach, im Gegensatz zu anderen Blockpartei-Oberern, seit Mitte der 80er Jahre deutliche Distanz zum Alleinherrschaftsanspruch der SED erkennen. Gerlach wurde von den einfachen LDPD-Mitgliedern als Garant einer Entwicklung gesehen, die geringen Möglichkeiten der „befreundeten Parteien“ gegenüber der SED auszunutzen.

Die LDPD-Führung unter Gerlach leitete in den 80er Jahren eigenständige Strategien bei der Mitwirkung im realen DDR-Sozialismus ein, die bei der Mehrheit der Parteifreunde Anerkennung fanden und der LDPD neue Mitglieder und Freunde bescherten. Auch wurde seitens der LDPD-Leitung die Diskussionsbreite – bei nach wie vor grundsätzlicher Akzeptanz des Sozialismus – erhöht und die Mitgliedschaft ermuntert, von ihren Rechten vor Ort stärker Gebrauch zu machen.

Ergebnis: Das Selbstbewußtsein der gut 100 000 Parteifreunde festigte sich, oft zum Erstaunen, zum Ärger der SED und der anderen Blockparteien. Die Mitgliedschaft konnte sich in den 80er Jahren weitgehend mit ihrem Parteichef identifizieren, dessen Führungsstil immer als vergleichsweise angenehm empfunden wurde.

Zu keinem anderen Blockpartei-Leiter konnte die Mehrheit der normalen Mitglieder ein ähnlich offenes, entspanntes, teilweise sogar herzliches Verhältnis herstellen wie zum Vorsitzenden der LDPD. Deshalb sind die heute gegen Gerlach vorgebrachten Vorwürfe, er habe einst Parteifreunde an den sowjetischen Geheimdienst verraten, um so bedauerlicher und – sollten sie zutreffen – um so tragischer, weil er Vertrauen und Hoffnung bei Zehntausenden LDPD-Mitgliedern schuf und sich bis heute vieler Sympathien in der F.D.P. der neuen Bundesländer erfreut.

Nicht wenige neue Mitglieder sind in den 80er Jahren der LDPD beigetreten wegen dieses Chefs und seiner Politik. Keine andere Blockpartei konnte so starke Mitgliedergerinne erzielen wie die LDPD, die 1988 im Vergleich zu 1977 einen Zuwachs von 48 Prozent vermelden durfte. Die Bürger, die

seinerzeit der LDPD zustrebten, wußten die Atmosphäre zu schätzen, die ihnen in den Ortsgruppen geboten wurde und die praktische Lebens- und Berufshilfe war, in erster Linie für Handwerker und Gewerbetreibende, aber auch für kleine und mittlere Angestellte sowie Teile der Intelligenz und der Künstler. Stefan Heym veröffentlichte im LDPD-Buchverlag, falls überhaupt in der DDR.

Mit annähernd 25 Prozent waren Handwerker und Kleingewerbler in der LDPD besonders zahlreich vertreten und stellten nach den Angestellten die stärkste Berufsgruppe. Nur die NDPD, die National-Demokratische Partei, konnte vergleichbare Prozentzahlen vorweisen. Von den LDPD-Mitgliedern waren 33 Prozent Angestellte, bei der NDPD 32 Prozent. Bei der Intelligenz lauteten für 1985 die Zahlen: 18 Prozent bei der LDPD, 17,5 Prozent bei der NDPD.

Beide Parteien wiesen damit eine stark ähnliche soziale Zusammensetzung auf, beide Parteien sprachen seit den 70er Jahren die gleichen Zielgruppen an, beide Parteien vermeldeten ähnliche Mitgliederstärken. Allerdings mit einem bedeutenden Unterschied: Die LDPD konnte in den 80er Jahren weitaus mehr neue Mitglieder gewinnen als die NDPD. Der Zuwachs der DDR-Nationaldemokraten lag mehr als 50 Prozent unter dem der LDPD, die ursprünglich deutlich weniger Mitglieder zählte als die Konkurrenzpartei NDPD, wobei die Konkurrenz – auch für DDR-Verhältnisse – wirklich wörtlich zu nehmen ist und vor allem der NDPD zu schaffen machte.

Die stark überalterte Partei des Heinrich Homann bemühte sich intensiv um neue Mitglieder, die aber lieber der LDPD beitraten – wenn überhaupt einer Blockpartei. Die NDPD galt bei vielen Mitgliedern und DDR-Bürgern als politisch ausgebrannt und zunehmend überflüssig. Ihre Führung unter Homann agierte ungeschickt und unglücklich. Gerlach und Homann waren Intimfeinde, leitende Homann-Funktionäre haßten die LDPD-Leute.

Homann und seine Anhänger versuchten in den 80er Jahren, ihre Zuverlässigkeit zu beweisen und sich bei der SED anzubiedern. Zugleich wurde keine Gelegenheit ausgelassen, die LDPD in Mißkredit zu bringen. Die einfachen Mitglieder der NDPD, auch die kleinen Funktionäre, beteiligten sich jedoch weitgehend nicht an den Intrigen ihrer Partei-Oberen gegen die LDPD, mit der sie vor Ort vielfach befreundet waren. Diese Tatsache hat später – im März 1990 – den Beitritt der NDPD zum „Bund Freier Demokraten“ erleichtert; allerdings hatte zu diesem Zeitpunkt die NDPD bereits Zehntausende Mitglieder verlassen.

Generell ließen sich Blockparteimitglieder auf örtlicher Ebene nicht auf kleinliche Abgrenzungskämpfe untereinander ein, öfter zum Ärger ihrer Parteileitungen und der SED, die sich gerade das manchmal wünschten.

Die NDPD, 1948 gegründet für die kleinen, in der Regel unbelasteten NSDAP-Mitglieder sowie für ehemalige Wehrmatsangehörige, hatte in den 50er und

60er Jahren Verdienste bei der Integration dieser Schichten in das neue System. Über ein Mitgliedsbuch der NDPD konnten diese „Ehemaligen“ zurückfinden zu einem Mehr an Normalität in der frühen DDR, allerdings um den Preis der Überanpassung. Vielen ihrer Amtswalter und Mitglieder fehlte es an jeder Art von Zivilcourage und Selbstwertgefühl. Dankbar orientierten sie sich ausschließlich – in Treue fest – an ihren neuen Herren, froh, noch einmal Verantwortung übernehmen zu können und gebraucht zu werden.

Und sie wurden „gebraucht“ und benutzt, machten alle Windungen und Wendungen der SED-Politik gehorsam mit und versuchten manchmal sogar, in ihren Treuebekennnissen die SED in den Schatten zu stellen. Resultat: Die Mitgliedschaft konnte niemals ein einigermaßen eigenständiges Bewußtsein entwickeln, konnte sich nicht auf demokratisch-parlamentarische Traditionen berufen, hatte selbständiges Parteihandeln nie erlebt, immerhin ja bei der CDU und LDPD Mitte bis Ende der 40er Jahre vorhanden.

Als dann auch Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre das National-Demokratische, die ursprüngliche verbale Orientierung auf ein neutrales Gesamtdeutschland, eng befreundet mit der Sowjetunion, abgelegt werden mußte, begann die Dauerkrise der NDPD, die natürlich Auswirkungen auf die Mitgliedschaft hatte. Schließlich starben die „Ehemaligen“ weg, und die Partei hatte sich auf Zielgruppen zuzubewegen, die bereits von anderen – insbesondere von der LDPD – angesprochen wurden, städtische Mittelschichten zumal.

Der Mitgliederzugang blieb bescheiden. Man versuchte, Eheleute, Töchter und Söhne, Verwandte von Parteifreunden in die NDPD zu locken, wollte zeitweise buchstäblich NDPD-Familien organisieren, konnte aber trotzdem nie die Mitgliederzuwachsrate des Hauptkonkurrenten LDPD erreichen. Resignation machte sich breit, auch im mittleren und unteren Funktionärskorps. Die innerparteiliche Diskussion erlangte nicht die Intensität wie in CDU und LDPD.

Die NDPD war nie eine eigenständige Partei gewesen. Das machte sich in den 80er Jahren stärker bemerkbar als in den beiden anderen, den klassischen Blockparteien, die sich aus ihrer Tradition heraus auch an demokratischer Zeit noch orientieren konnten. Da konnte die Homann-Partei einfach nicht mithalten, und die Mitgliedschaft hatte auch nicht die Kraft, ihrerseits eine andere Politik einzufordern. Man hatte gelernt, sich anzupassen – mehr als in CDU und LDPD.

Schwierigkeiten beim Selbstwertgefühl und Resignation bei den Mitgliedern kennzeichneten auch die Situation in den 80er Jahren bei der vierten Blockpartei, der DBD, der Demokratischen Bauernpartei. Ende September 1989 zählt die DBD immerhin noch 125 000 „Parteikollegen“ – so nannte man die – und war damit zweitstärkste Blockpartei.

Die Partei bestand zu rund 70 Prozent aus Genossenschaftsbauern und durfte

sich zeitweise als die Partei der Klasse der Genossenschaftsbauern vorstellen sowie – bis in die 80er Jahre hinein – als „der engste Bündnispartner der SED“. Mithin war sie so etwas wie eine Blockpartei 1. Klasse. Grund: Entsprechend den Lehren Lenins sollten die Bauern der Hauptpartner der Arbeiterklasse sein.

Und diese Bauern wollte eben die DBD ansprechen und organisieren; allerdings von vornherein nicht die fortschrittlichsten dieser Klasse, sondern nur die politisch noch nicht sehr gereiften, die aus klein- und mittelbäuerlichen Schichten stammten. Die fortschrittlichsten Bauern hatten der SED beizutreten.

Ebenfalls wie die NDPD auch erst 1948 auf Initiative der Kommunisten gegründet, konnte die DBD zunächst einige zehntausend „werk tätige Einzelbauern“ gewinnen. Von Anfang an glich die Organisation mehr einer Berufsgruppenvertretung als einer Partei und verlor seit der Reaktivierung des VdgB, der Massenorganisation „Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe“, Anfang der 80er Jahre an Bedeutung auf dem Lande.

Obwohl angepaßt an die SED – die „Parteikollegen“ galten als „grüne Genossen“ und durften die Parteischulen der SED besuchen – und offen auf die sozialistische Ideologie eingeschworen, konnte die DBD-Führung ihre theoretisch bedeutsame Position nicht halten und mußte seit Mitte der 80er Jahre mit ansehen, wie die SED ihr den Boden entzog. Auf dem Rostocker Parteitag 1987 zeigte die Mitgliedschaft bei aller öffentlichen Gefolgschaftstreue deutliche Motivationsverluste. Die DBD-Funktionäre waren seinerzeit nicht mehr in der Lage, zur Zukunft ihrer Partei plausible Stellung zu nehmen; Mitglieder beklagten die politische Perspektivlosigkeit ihrer Bauernpartei.

Insgesamt fällt auf, daß die Kommunisten die von ihnen selbst erzeugten Produkte aus dem Jahre 1948 – NDPD und DBD – weniger wichtig nahmen als CDU und LDPD. Das mag auch daran liegen, daß sich die Mitgliedschaft der beiden nachgeborenen Parteien sehr viel anpassungsbereiter gab als die der beiden anderen Blockparteien.

Anzeichen für Opposition lassen sich bei DBD und NDPD nur bei der Vollkollektivierung in der Landwirtschaft und bei der „nationalen Frage“ erkennen; auch hier nur bei kleinen Minderheiten. Zwar wurde auch in den Ortsgruppen von DBD und NDPD offen diskutiert und kritisiert, wirklich demokratisch ist es aber nie zugegangen, und Parteifreunde, die der Parteiführung gefährlich werden konnten, fanden keinen Widerhall.

Abweichler und solche, die man dafür hielt, wurden im übrigen in allen Blockparteien sehr schnell an den Rand gedrängt und ausgeschlossen, in DBD und NDPD rücksichtsloser als in CDU und LDPD. Parteimitgliedern, die sich über längere Zeit inaktiv verhielten, legte man den Austritt nahe. Man erwartete, daß die monatlichen Mitgliederversammlungen von allen

Parteifreunden besucht wurden; offiziell kamen immer 80 bis 90 Prozent, in Wahrheit aber besuchten diese Veranstaltungen oft weniger als 50 Prozent.

Zusammenfassend: Die Mitgliedschaft in einer der vier DDR-Blockparteien sollte nicht durchweg negativ bewertet werden. Es war sicher keine Widerstandshandlung, diesen Parteien beizutreten, aber längst auch nicht immer Opportunismus. Die Mitgliedschaft bot denjenigen DDR-Bürgern eine Gelegenheit zum Mitmachen, die das damalige politische System als weitgehend geschlossen ansehen mußten und die die vorhandenen Rinnsale erwünschter Mitarbeit in Teil- und Randbereichen von Staat und Gesellschaft als Chance ansahen, sich einzubringen und zugleich Nichtkommunist zu bleiben.

Man konnte mit einer Blockparteiemitgliedschaft eine gewisse berufliche Karriere machen oder absichern, im örtlichen Politikbereich Einfluß nehmen auf zweit- und dritrangige Entscheidungen. Man konnte in den Ortsgruppen offen und kritisch diskutieren und Informationen von Parteifreunden erhalten, die Ämter im Staats- und Wirtschaftsapparat innehatten. Und man konnte – nicht zuletzt – in der Mangelwirtschaft der DDR Tauschbeziehungen zu Parteifreunden herstellen, die besser klappten als ohne Mitgliedsbuch; man half sich unter Parteifreunden intensiver. Auch der Gedanke an eine künftige deutsche Einheit, wenn auch nicht als Nahziel, blieb vor allem in LDPD und CDU, aber auch in Teilen der NDPD erhalten, nicht zuletzt durch Kontakte im Rahmen der innerdeutschen Städtepartnerschaften.

Da alle Blockparteimitglieder aus verantwortlichen Positionen einschließlich des Schutz- und Sicherheitsbereichs herausgehalten wurden – es gab ja keine Offiziere oder Generale bei VP oder NVA, die einer Blockpartei angehörten –, gerieten sie nie in die Versuchung, Entscheidungsträger werden zu müssen, und konnten deshalb, auch im Selbstverständnis, relativ sauber und unbelastet bleiben in realsozialistischer Umwelt. Man war einer Partei von Stellvertretern beigetreten, nicht der herrschenden SED.

Mittun und Mitmachen gaben in diesem System die Möglichkeit, Nischen zu bilden und zu besetzen, in denen es in der Regel ein wenig freier und menschlicher zugeht als anderswo. Diese Nischen blieben frei von wirklicher Verantwortung und Macht und damit auch frei von größerer Schuld.

Daß aus heutigem Wissen heraus die totale Verweigerung im Realsozialismus der DDR die deutlichere Antwort an die SED gewesen wäre, werden auch viele der früher rund 500 000 Blockparteimitglieder einräumen. Aber, wie gesagt und eingangs erwähnt: Bis zum Herbst '89 mußte man damit rechnen, daß die DDR 1999 ihren 50. Geburtstag begehen würde.

Schönen Dank. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hartmut Soell (SPD): Danke schön, Herr Lapp. Wir werden nachher in der Fragerunde auch Sie sicherlich noch befragen.

Ich möchte jetzt Herrn Hertle nach vorn bitten. Hans-Hermann Hertle ist

wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Freien Universität Berlin, Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung. Er hat sich mit der Geschichte der Gewerkschaften in der alten Bundesrepublik ebenso wie in der ehemaligen DDR beschäftigt. Er hat zusammen mit dem Kollegen Wilke vor wenigen Monaten einen Dokumentenband über „Das Genossen-Kartell – die SED und die IG Druck und Papier/IG Medien“ veröffentlicht, hat über den FDGB gearbeitet und insbesondere im Zusammenhang mit der Veröffentlichung des Schürer-Dokuments vom Herbst 1989, eines Dokuments, das über die wirtschaftliche Situation der ehemaligen DDR, wie sie im Herbst 1989 nun tatsächlich war, Auskunft gibt, auch noch zusätzliche Dokumente veröffentlicht. Gerade dieses Dokument wird uns ja im Zusammenhang mit dem Thema „Wirtschaft“ noch intensiv beschäftigen.

Herr Hertle, Sie haben das Wort.

Hans-Hermann Hertle: Herr Vorsitzender, ich bedanke mich für die Vor- schußlorbeeren.

Nach den Beiträgen meiner Vorredner erkenne ich allmählich die geschickte Regie der Enquete-Kommission. Ich hatte schon Bedenken, daß ich als Dritter, als der ich hier spreche, dadurch Aufmerksamkeit erringen muß, daß ich besonders scharf pointiere; das habe ich auch vor. Aber die Aufmerksamkeit ist mir jetzt vielleicht auch noch dadurch sicher, daß ich in bezug auf den FDGB zumindest zu der gegenteiligen These kommen werde im Vergleich zu meinen Vorrednern.

Herr Eppelmann hat in seiner Einleitung darauf hingewiesen, daß in der Öffentlichkeit die Bürger in der DDR Blockparteien und Massenorganisationen überwiegend als Transmissionsriemen wahrgenommen haben. Hier scheint mir, wiederum bezogen auf den FDGB, der Fall vorzuliegen, daß die Forschung diese Alltagswahrnehmung nicht nur bestätigt, sondern durch die Möglichkeit der Akteneinsicht, die ich jetzt hatte, sogar noch vertieft.

Die These, die Sie dieser Einleitung schon entnehmen können, ist, daß der FDGB zumindest in dieser Hinsicht, was Gefolgschaftstreue und Transmissionsfunktion angeht, seinen Plan übererfüllt hat.

Zur Absicherung ihres Herrschaftssystems und bei der Durchsetzung ihrer Politik stützte sich die SED neben den Blockparteien auf ein Netz von Massenorganisationen – ich möchte sie jetzt nicht alle aufzählen –, die alle sozialen Gruppen und Schichten der Gesellschaft entlang ihrer sozialen, kulturellen, wissenschaftlichen, sportlichen und anderen Interessen organisierten bzw. organisieren sollten.

Das weitverzweigte Kapillarenetz der Massenorganisationen in die Tiefen und Verästelungen der Gesellschaft machte sie für die SED als Transmissions- und Kontrollorgan und für das MfS als Informationsbeschaffungs- und Beeinflussungsinstrumente besonders attraktiv. Jede durch sie erhaltene Information